

## NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Stadt Baesweiler  
am 16.11.2004 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich**

Beginn: 18.00 Uhr  
Ende: 19.40 Uhr

Anwesend waren:

a) **stimmberechtigt:**

Menke, Wilfried als Vorsitzender  
Beckers, Rolf für **Deserno, Hans-Dieter**  
Derichs, Hubert  
Feldeisen, Willy  
Geller, Thomas  
Hüttner, Manfred  
Laufer, Jürgen  
Lux, Heiko  
Mandelartz, Alfred  
Mohr, Christoph  
Nohr, Jens  
Schöneborn, Christian  
Schmidt, Kathi  
Theil, Hans-Erich  
Zillgens, Bruno

b) **beratendes Mitglied:**

Nüsser, Hans

c) **von der Verwaltung:**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch  
Beigeordneter Leßmann  
StOAR Römgens  
StOI Schröter als Schriftführer

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 05.11.2004 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

Der Ausschuss war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

**Tagesordnung:**

- 1.) Bestellung eines Schriftführers und seines Stellvertreters
  - 2.) Einführung und Verpflichtung von Ausschussmitgliedern
  - 3.) Parksituation in der Straße „Am Lindchen“
  - 4.) Verbesserung der Sichtbeziehungen zwischen Mariastraße und Gasperswinkel;  
hier: Antrag von Anwohnern
  - 5.) Ausweisung eines Parkverbotes in der Antoniusstraße
  - 6.) Verkehrssituation in der Peterstraße;  
hier: Antrag eines Anwohners
  - 7.) Verkehrssituation in der Erich-Klausener-Straße;  
hier: Antrag eines Anwohners
  - 8.) Parksituation im Einmündungsbereich Leppersweg/Urweg/Wilhelm-Busch-Straße
  - 9.) Verkehrssicherheit in der Straße „Dilgenhof“
  - 10.) Verkehrssituation in der Straße „Am Ringofen“
  - 11.) Parksituation in der Lovericher Straße
  - 12.) Parksituation in der Bahnhofstraße zwischen Parkstraße und Geschwister-Scholl-Straße;  
hier: Antrag einer Anwohnerin
- (Zu den Tagesordnungspunkten 3 - 12 wird auf die Niederschrift der Verkehrskommissionsbereisung vom 03.11.2004 verwiesen.)**
- 13.) Verkehrsrechtliche Ausweisung des Bebauungsplanes Nr. 51
  - 14.) Verkehrsrechtliche Ausweisung der Raiffeisenstraße zwischen Adenauerring und der Straße „Am Klostergarten“;  
hier: Antrag von Anwohnern der Raiffeisenstraße

- 15.) Umgestaltung von Teilbereichen der Aldenhovener Straße
- 16.) Zeitliche Beschränkung von Tempo 30-Strecken im Stadtgebiet Baesweiler
- 17.) Verkehrssituation in der Carl-Alexander-Straße
- 18.) Mitteilungen der Verwaltung
- 19.) Anfragen von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Vertreter der Verwaltung.

**1.) Bestellung eines Schriftführers und seines Stellvertreters**

Der Ausschuss bestellte einstimmig Herrn StOI Lars Schröter zum Schriftführer und im Falle seiner Verhinderung Frau StAng Bettina Döring zu dessen Stellvertreterin.

**2.) Einführung und Verpflichtung von Ausschussmitgliedern**

Folgende Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt, die nicht dem Stadtrat angehören, wurden gemäß § 58 Abs. 2 GO NW vom Vorsitzenden eingeführt und verpflichtet:

a) Sachkundige Bürger

1. Derichs, Hubert
2. Geller, Thomas
3. Hüttner, Manfred
4. Laufer, Jürgen
5. Lux, Heiko
6. Theil, Hans-Erich

b) Stellv. Sachkundige Bürger

1. Clemens, Stefan
2. Loogen, Andreas
3. Neumann, Georg
4. Neumann, Nico

Die Vorbezeichneten bekundeten durch Erheben von den Plätzen ihr Einverständnis mit folgender vom Ausschussvorsitzenden vorgelesenen Erklärung:

**„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“**

Über die Verpflichtung wurde eine besondere Niederschrift gefertigt, die von jedem vorgenannten Mitglied unterzeichnet wurde.

### **3.) Parksituation in der Straße „Am Lindchen“**

Auf Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 03.11.2004, TOP 1) beschloss der Ausschuss einstimmig, im Wendehammer der Straße „Am Lindchen“ im Bereich der Glascontainer ein absolutes Halteverbot (Zeichen 283 StVO) für montags und donnerstags in der Zeit von 07.00 Uhr bis 08.00 Uhr auszuweisen.

### **4.) Verbesserung der Sichtbeziehungen zwischen Mariastraße und Gasperswinkel;**

**hier: Antrag von Anwohnern**

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass die Bewohner des Hauses Mariastraße 41 eine Verbesserung der Sichtbeziehungen auf der Mariastraße in beide Richtungen beantragt haben und seine Fraktion daher eine Verlängerung der durchgezogenen Linie bis zum Einmündungsbereich der Straße „Gasperswinkel“ befürworte.

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass durch eine Verlängerung der durchgezogenen Linie bis zur Straße „Gasperswinkel“, keine PKW´s mehr auf der Mariastraße in diesem Streckenbereich abgestellt werden können und hierdurch zu befürchten sei, dass zukünftig zu schnell gefahren werde. Seine Fraktion unterstütze daher den Beschlussvorschlag der Verkehrskommission.

### **Beschluss:**

Der Ausschussvorsitzende stellte den erweiterten Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion, die derzeit ausgewiesene durchgezogene Linie auf der Mariastraße im Einmündungsbereich zur Roskaul bis in Höhe der Straße „Gasperswinkel“ zu verlängern, um hierdurch die Sichtbeziehungen in beide Richtungen zu verbessern, zur Abstimmung.

Dieser Beschlussvorschlag wurde mit 3 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

Sodann beschloss der Ausschuss auf Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 03.11.2004, TOP 2) mit 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen, die Verwaltung zu beauftragen, die derzeit ausgewiesene durchgezogene Linie auf der Mariastraße im Einmündungsbereich zur Roskaul bis in Höhe der Zufahrt des Hauses Mariastraße 41 zu verlängern, um hierdurch die Sichtbeziehungen in Richtung Rathaus zu verbessern.

#### **5.) Ausweisung eines Parkverbotes in der Antoniusstraße**

Ausschussmitglied Mandelartz bat für die SPD-Fraktion die Verwaltung, den Inhaber des Edeka-Geschäftes in der Kirchstraße zu bitten, den dortigen privaten Parkplatz an Kirmestagen für die Allgemeinheit freizugeben, um so dem Parkdruck, der durch die Sperrung des Kirmesplatzes entstehe, entgegen zu wirken.

Beigeordneter Leßmann sagte zu, diese Bitte an den Inhaber des Edeka-Supermarktes weiter zu geben.

#### **Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 03.11.2004, TOP 3) beschloss der Ausschuss einstimmig, in der Antoniusstraße zwischen dem Geschäft „Jacobi“ und dem dort gelegenen Postgebäude ein absolutes Haltverbot werktags von 06.00 Uhr bis 11.00 Uhr auszuweisen.

#### **6.) Verkehrssituation in der Peterstraße; hier: Antrag eines Anwohners**

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass als Ausgangspunkt für die Beschwerden des Anwohners in der Peterstraße der Treffpunkt von Autofahrern auf dem Kirmesplatz sei, die dann ständig durch den Innenstadtbereich fahren würden. Er bittet daher die Verwaltung hiergegen einzuschreiten.

Beigeordneter Leßmann erklärte hierzu, dass die Problematik des Treffpunktes von jüngeren Autofahrern am Kirmesplatz bekannt sei. Aufgrund mehrerer Beschwerden über Lärmbelästigungen in diesem Jahr wurden seitens der Verwaltung die sich dort treffenden Autofahrer ermittelt und auf diese eingewirkt, diesen Treffpunkt zukünftig zu meiden. Die Situation habe sich seitdem auch entspannt.

**Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 03.11.2004, TOP 4) beschloss der Ausschuss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, die Verkehrssituation in der Peterstraße zwischen der Kirchstraße und der Straße „Am Feuerwehrturm“ weiter zu beobachten.

**7.) Verkehrssituation in der Erich-Klausener-Straße;  
hier: Antrag eines Anwohners**

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass man sicherlich nicht den Ziel- und Lieferverkehr aus dem angesprochenen Wohngebiet heraushalten könne. Um allerdings alle betroffenen Straßen mit dem Urweg gleichzustellen, schlage er vor, den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung, der vorsah, das gesamte Wohngebiet um die Heinrich-Imbusch-Straße, Kurt-Schumacher-Straße, Erich-Klausener-Straße, Fidelissstraße, Urweg und Leppersweg für den gesamten LKW-Verkehr zu sperren, zur Entscheidung zu stellen.

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass durch eine Sperrung des gesamten vorgenannten Wohngebietes für LKW-Verkehre nicht das Geschwindigkeitsverhalten des LKW-Verkehrs, die Zielverkehre in diesem Gebiet sind, geändert werde. Seine Fraktion schlage daher vor, die vorgeschriebene Geschwindigkeit für LKW-Verkehre in dem betroffenen Wohngebiet zu verringern und den Bauträger der noch zu errichtenden Häuser aufzufordern, dass die LKW-Fahrer die vorgeschriebene Geschwindigkeit einzuhalten haben.

Beigeordneter Leßmann erklärte hierzu, dass derzeit in den betroffenen Straßen eine Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30 ausgewiesen und es verkehrsrechtlich problematisch sei, die Höchstgeschwindigkeit für LKW-Verkehre für die einzelnen betroffenen Straßen herabzusetzen. Die Problematik bestehe allerdings darin, dass die Anwohner der Erich-Klausener-Straße der Meinung seien, dass der gesamte Zielverkehr aufgrund der LKW-Sperrung im Urweg ihre Straße nutzen würde. Damit alle Straßen allerdings in diesem Wohngebiet gleichberechtigt werden, wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, für alle eine einheitliche LKW-Sperrung mit Anliegerverkehr frei auszuweisen.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er keinen Handlungsbedarf hier sehe, da die vorgeschlagene Beschilderung für das gesamte Wohngebiet keine Änderung für die komplette Verkehrssituation bringen würde.

**Beschluss:**

Sodann stellte der Ausschussvorsitzende Menke den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung, der vorsah, diese zu beauftragen, das Wohngebiet um die Heinrich-Imbusch-Straße, Kurt-Schumacher-Straße, Erich-Klausener-Straße, Fidelisstraße, Urweg und Leppersweg für den gesamten LKW-Verkehr, bis auf den Anlieger-Verkehr zu sperren, zur Abstimmung.

Der Ausschuss stimmte mit 11 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 1 Nein-Stimme diesem Beschlussvorschlag zu.

**8.) Parksituation im Einmündungsbereich Leppersweg/Urweg/Wilhelm-Busch-Straße**

Auf Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 03.11.2004, TOP 6) beschloss der Ausschuss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, im Rahmen des Ausbaus der Wilhelm-Busch-Straße, den Kreuzungsbereich Leppersweg/Urweg/Wilhelm-Busch-Straße unter Verkehrssicherheitsgesichtspunkten umzugestalten.

**9.) Verkehrssicherheit in der Straße „Dilgenhof“**

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Beschwerden über Schleichverkehre in der Straße „Dilgenhof“ aus der Zeit herrühren, als die Lichtsignalanlage am Reyplatz noch eingeschaltet war. Diese Situation habe sich allerdings seit Abschaltung der Lichtsignalanlage entschärft und werde mit dem Bau des Kreisverkehrs im nächsten Jahr sicherlich nicht mehr vorhanden sein.

Die eigentliche Problematik sehe er in dem am Dilgenhof gelegenen Spielplatz, den Kinder aufgrund nicht vorhandener Gehwege nur über die Fahrbahn erreichen können und sich hierdurch allerdings in Konflikt mit dem fließenden Verkehr befinden würden. Seiner Meinung nach müsse daher die derzeit ausgewiesene Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30 reduziert werden. Die Ausweisung des Dilgenhofs als verkehrsberuhigter Bereich komme aufgrund der Problematik der auszuweisenden Parkplätze nicht in Betracht. Seine Fraktion schlage vor, den Dilgenhof als Tempo 10-Zone auszuweisen, um so einen verkehrsrechtlichen Schutz der Kinder zu gewährleisten. Dieser Antrag, so Herr Beckers, sollte mit bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten berücksichtigt werden.

**Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 03.11.2004, TOP 7) beschloss der Ausschuss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, im Bereich der Straße „Dilgenshof“, Mittelstraße und Wolfsweg Verkehrszählungen durchzuführen und unter Auswertung der ermittelten Zahlen Lösungsmöglichkeiten für eine optimierte Lenkung zu entwickeln.

**10.) Verkehrssituation in der Straße „Am Ringofen“**

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass der Beschluss dahingehend geändert werden solle, dass die Verwaltung beauftragt werde, eine Planung für alternierender Parkplätze, die entsprechend mit Baken umfasst werden, zu entwerfen, und diese ohne dem Verkehr- und Umweltausschuss wieder vorzulegen, umzusetzen, um hier schnelle Abhilfe zu schaffen.

Ferner regte er an, zukünftig das mobile Geschwindigkeitsmessgerät der Stadt Baesweiler auch in der Straße „Am Ringofen“ einzusetzen.

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass eine Ausweisung alternierender Parkplätze zu Sichtbehinderungen in diesem Bereich führen würde und hierdurch querende Kinder gefährdet würden. Er plädiert vielmehr dafür, dass gegen die zu hohen Geschwindigkeiten entsprechende ordnungsrechtliche Kontrollen durch die Stadt durchgeführt werden.

Beigeordneter Leßmann erklärte hierzu, dass die Stadt keine ordnungsrechtlichen Maßnahmen gegen zu schnell fahrende Kraftfahrer durchführen könne. Die Stadt sei lediglich darauf beschränkt, das Geschwindigkeitsmessgerät entsprechend hier einzusetzen. Eine Geschwindigkeitskontrolle mit entsprechender Ahndung könne lediglich durch den Kreis Aachen vorgenommen werden, der allerdings - so habe die Vergangenheit gezeigt - nicht immer tätig werde, da aus Sicht des Kreises nicht immer eine Gefährdungsstelle vorliege. Aus diesem Grunde schlage die Verwaltung daher vor, markierungstechnische Maßnahmen zu ergreifen, die sicherlich zu einer Geschwindigkeitsreduzierung führen würden.

**Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 03.11.2004, TOP 8) beschloss der Ausschuss für Verkehr und Umwelt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen,



eine Planung für alternierende Parkplätze, die entsprechend mit Baken umfasst werden, zu entwerfen und diese, ohne dem Verkehr- und Umweltausschuss in der nächsten Sitzung nochmals vorzulegen, umzusetzen.

### **11.) Parksituation in der Lovericher Straße**

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass es sinnvoll sei, zu überprüfen, ob es in dem Bereich der Lovericher Straße öffentliche Flächen, wie z. B. den Kirmesplatz, gebe, die als Park-and-Ride-Plätze freigegeben werden könnten, sofern zu erkennen sei, dass der Parkdruck in der Lovericher Straße zunehmen werde.

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass sicherlich derzeit kein Parkdruck in der Lovericher Straße vorhanden sei und er daher auch keinen Sinn darin sehe, öffentliche Flächen für Park-and-Ride-Anlagen freizugeben.

Ausschussmitglied Nüsser erklärte hinsichtlich der Park-and-Ride-Anlagen, dass er es nicht für sinnvoll halte, die Fahrbahn für auswärtige Kraftfahrer freizugeben, obwohl in unmittelbarer Nähe zur Lovericher Straße eine große öffentliche Fläche entsprechend genutzt werden könne.

Beigeordneter Leßmann erklärte hierzu, dass die dort abgestellten Fahrzeuge dazu beitragen, dass nicht zu schnell in der Lovericher Straße gefahren werde. Es müsse lediglich sichergestellt werden, dass durch diese nicht Ein- bzw. Ausfahrten blockiert werden.

#### **Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 03.11.2004, TOP 9) beschloss der Ausschuss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, in der Lovericher Straße alternierende Parkplätze auszuweisen, um so ein geordnetes Parken zu erreichen.

### **12.) Parksituation in der Bahnhofstraße zwischen Parkstraße und Geschwister-Scholl-Straße;**

#### **hier: Antrag einer Anwohnerin**

Ausschussmitglied Beckers stellte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, den Beschluss zu diesem Tagesordnungspunkt zurück zu stellen. Er begründete seinen Antrag damit, dass durch die Ausweisung alternierender Parkplätze, die in der Bahnhofstraße fahrenden Linienverkehre sicherlich Probleme haben werden.

Zum anderen machte er darauf aufmerksam, dass demnächst ein größeres Bebauungsgebiet in Oidtweiler entstehen werde, das an der Bahnhofstraße angeschlossen werde. Die Hauptzufahrt zu diesem Bebauungsgebiet würde dann sicherlich über die B 57 - Bahnhofstraße verlaufen, sodass seiner Meinung nach zu einem späteren Zeitpunkt über die gesamte Verkehrssituation in der Bahnhofstraße noch diskutiert werden müsse.

Beigeordneter Leßmann erklärte hierzu, dass die Abstände zwischen den einzelnen alternierenden Parkplätzen derart groß seien, dass Linienverkehre, wie auch landwirtschaftliche Verkehre problemlos diesen Streckenbereich zukünftig befahren können. Hinsichtlich der Ausweisung des neuen Bebauungsplangebietes teilte er mit, dass die Ausweisung markierungstechnischer Parkplätze als Sofortmaßnahme zu sehen sei, um das Geschwindigkeitsniveau in der Bahnhofstraße zu senken. Sicherlich sei man jederzeit in der Lage, die Markierungen wieder zu entfernen, sofern planerische Argumente dagegen sprechen würden.

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass der Beschlussvorschlag dahingehend erweitert werden sollte, dass im Hinblick auf das neue Bebauungsplangebiet die gesamte Verkehrs- und Parksituation zwischen B 57 und Geschwister-Scholl-Straße überplant werden sollte, um so eine vernünftige, zukünftige Lösung zu erreichen.

Ausschussvorsitzender Menke erklärte zu dem erweiterten Beschlussvorschlag, dass aus seiner Sicht der hier vorliegende Tagesordnungspunkt nicht unmittelbar mit dem noch zu erstellenden Bebauungsplangebiet zusammen hänge und diesbezüglich ein separater Antrag für eine der nächsten Verkehrs- und Umweltausschusssitzungen zu stellen sei. Heute sollte lediglich über die Ausweisung alternierender Parkplätze auf der Bahnhofstraße zwischen Geschwister-Scholl-Straße und Parkstraße entschieden werden.

Ausschussmitglied Beckers erklärte, dass er aufgrund der Ausführungen der Verwaltung dem heutigen Beschlussvorschlag so zustimmen könne, er allerdings darum bitte, die Anregungen der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit in die Niederschrift aufzunehmen, die beinhalten, dass eine Überplanung der Verkehrssituation bzw. Verkehrsregelung in der Bahnhofstraße im Hinblick auf das noch zu erstellende Bebauungsplangebiet an der Bahnhofstraße vorgenommen und im Verkehrs- und Umweltausschuss behandelt werde.

Beigeordneter Leßmann sagte zu, dass dem Vorschlag des Herrn Beckers entsprochen werden könne.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch teilte noch mit, dass das Bebauungsplangebiet in Höhe der Pastor-Strang-Straße an die Bahnhofstraße angebunden werde und sicherlich keinen Einfluss auf die Parksituation in der Bahnhofstraße im Streckenbereich Aachener Straße bis Geschwister-Scholl-Straße haben werde. Die Verwaltung werde allerdings weiter nach Lösungsmöglichkeiten für die Parksituation in der unteren Bahnhofstraße suchen.

**Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 03.11.2004, TOP 10) beschloss der Ausschuss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, in der Bahnhofstraße zwischen Parkstraße und Geschwister-Scholl-Straße alternierende Parkplätze auszuweisen.

**13.) Verkehrsrechtliche Ausweisung des Bebauungsplans Nr. 51**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte anhand entsprechender Pläne den Ausbau des Heinrich-Heine-Rings und der Hermann-Hesse-Straße und erklärte, dass aufgrund dessen der Heinrich-Heine-Ring als „verkehrsberuhigter Bereich“ und die Hermann-Hesse-Straße als „Tempo 30-Zone“ ausgewiesen werden sollen.

Ausschussmitglied Beckers fragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, ob der nördliche Teilbereich des Heinrich-Heine-Rings fußläufig mit dem Siegenkamp verbunden werde. I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte hierzu, dass aufgrund des dort vorhandenen derzeitigen Wirtschaftsweges sicherlich zukünftig noch eine fußläufige Verbindung bestehen werde. Er werde dies allerdings nochmals im Hause überprüfen lassen.

Ausschussmitglied Beckers erklärte weiter, dass aufgrund der dort zahlreich vorhandenen Kinder eine Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30 in der Hermann-Hesse-Straße noch zu hoch sei und beantragte daher, diese als Tempo 20-Zone auszuweisen.

Ausschussvorsitzender Menke erwiderte hierzu, dass in der Vergangenheit bereits mehrfach im Ausschuss diskutiert worden sei, verschiedene Möglichkeiten von Zonengeschwindigkeiten auszuweisen, man bisher allerdings die einheitliche Meinung vertreten habe, im Stadtgebiet Baesweiler lediglich verkehrsberuhigte Bereiche oder Tempo 30-Zonen auszuweisen, um Verkehrsteilnehmer nicht besonders zu überfordern.

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass man die Verkehrssituation in den Neubaugebieten ähnlich wie die Ausführungen des Herrn Beckers sehe. Man sei daher auch bereit, eine Ausweisung von Tempo 20 in der Hermann-Hesse-Straße mit zu tragen.

**Beschluss:**

Der Verkehr- und Umweltausschuss beauftragte mit 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme die Verwaltung, den Heinrich-Heine-Ring als „verkehrsberuhigten Bereich“ durch Verkehrszeichen 325/326 StVO und die Hermann-Hesse-Straße als Tempo 30-Zone auszuweisen. Der Siegenkamp zwischen Hängelstraße und Ernststraße soll weiter als Tempo 30-Zone ausgeschildert bleiben.

**14.) Verkehrsrechtliche Ausweisung der Raiffeisenstraße zwischen Adenauer-ring und der Straße „Am Kloostergarten“;**

**hier: Antrag von Anwohnern der Raiffeisenstraße**

Der Verkehr- und Umweltausschuss beauftragte einstimmig die Verwaltung, die Raiffeisenstraße zwischen Adenauer-ring und der Straße „Am Kloostergarten“ nach erfolgtem Einbau verkehrsberuhigender Elemente als „verkehrsberuhigter Bereich“ durch Verkehrszeichen 325/326 StVO auszuweisen.

**15.) Umgestaltung von Teilbereichen der Aldenhovener Straße**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte anhand entsprechender Pläne die vorgesehenen baulichen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung auf der Aldenhovener Straße.

Aufgrund der baulichen Maßnahmen sei vorgesehen, die Aldenhovener Straße als Tempo 30-Zone mit der Vorfahrtsregelung „Rechts vor Links“ an die jeweiligen Einmündungen auszuweisen.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er das vorgestellte Konzept begrüße und er auch der Führung des Radverkehrs als Mischverkehr befürworte. Hinsichtlich des Radverkehrs im Bereich der B 56/B 57 merkte er an, dass er dem Haushaltsplan entnehmen könne, dass die derzeit seiner Meinung nach unbefriedigende Radverkehrssituation zukünftig verbessert werde.

Allerdings machte er auf die Radverkehrssituation an der Aldenhovener Straße/Einmündung B 56 n aufmerksam. In diesem Bereich würde der Radweg, ohne eine entsprechende Anbindung an andere radverkehrsrechtlichen Anlagen enden, so dass Radfahrer gezwungen seien, wieder nach Puffendorf zurück zu fahren.

Er bittet daher die Verwaltung hier um Überprüfung, ob dem abgeholfen werden kann.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch teilte hierzu mit, dass lt. Planfeststellung keine Netzlücke für den Radverkehr zwischen Puffendorf und Geilenkirchen vorgesehen sei. Er könne sich höchstens vorstellen, dass entsprechende Beschilderungsmaßnahmen zur Führung des Radverkehrs noch nicht umgesetzt seien. Er werde dies jedoch noch überprüfen.

**Beschluss:**

Die Mitglieder des Verkehr- und Umweltausschusses stimmten einstimmig dem vorgestellten Konzept der baulichen Maßnahmen auf der Aldenhovener Straße zu und beauftragten die Verwaltung, diese als Tempo 30-Zone mit der Vorfahrtsregelung „Rechts vor Links“ auszuweisen.

**16.) Zeitliche Beschränkung von Tempo 30-Strecken im Stadtgebiet Baesweiler**

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU, dass seine Fraktion es für problematisch ansehe, im Herzogenrather-Weg und in der Josefstraße die derzeit ausgewiesene Tempo 30-Strecken zeitlich zu begrenzen. Im Hinblick auf den in der Josefstraße gelegenen Sportplatz und der Mehrzweckhalle sowie der Nutzung des Herzogenrather Weges als Zuwegung zur Schwimmhalle in der Grengracht halte es seine Fraktion für problematisch, diese beiden ausgewiesenen Tempo 30-Strecken zeitlich zu begrenzen. Hinsichtlich der zeitlichen Beschränkung der Tempo 30-Strecke auf der Hauptstraße in Setterich erwähnte er, dass dies eine einmalige Ausnahme sein sollte, da es sich hier um eine Bundesstraße mit erheblich überörtlichem Verkehr handelt. Die CDU-Fraktion schlage daher vor, den Beschluss zu fassen, es bei der bestehenden jetzigen Regelung zu belassen.

Ausschussmitglied Beckers begrüßte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den vorgeschlagenen Beschluss der CDU-Fraktion. Da die Josefstraße bis vor einigen Jahren noch als Tempo 30-Zone ausgewiesen war und nur aufgrund eines entsprechenden Gesetzes in Teilbereichen als Tempo 30-Strecke ausgewiesen bleiben konnte, spricht einiges dafür von einer zeitlichen Beschränkung hier abzusehen. Ferner regte Herr Beckers an, aufgrund der gesamten Verkehrssituation im Innenstadtbereich Setterich, die zeitliche Beschränkung dort aufzuheben.

**Beschluss:**

Der Verkehr- und Umweltausschuss beschloss mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, dass die bestehenden Tempo 30-Strecken im Stadtgebiet Baesweiler bis auf Ausnahme der Hauptstraße nicht zeitlich beschränkt werden sollen.

**17.) Verkehrssituation in der Carl-Alexander-Straße**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte anhand entsprechender Pläne die verkehrsberuhigenden Maßnahmen, die zukünftig in der Carl-Alexander-Straße vorgesehen seien.

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass er es für problematisch halte, verkehrsberuhigt ausgebaute Straßen nachträglich noch durch bauliche Maßnahmen weiter zu entschärfen. Hierdurch würde ein Präzedenzfall geschaffen werden, den Anwohner anderer Straßen nutzen könnten, um auch in ihren Straßen weitere bauliche Maßnahmen zu fordern.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erwiderte hierzu, dass das ursprüngliche Konzept, das weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen vorsah, aufgrund unvorhersehbarer geschaffener Einfahrten nicht komplett umgesetzt werden konnte. Aufgrund dessen ist es nun notwendig diese Bereiche nachträglich entsprechend verkehrsberuhigt zu gestalten, um den Verkehr zu verlangsamen. Deswegen liege hier auch ein Sonderfall vor und sicherlich nicht die Schaffung eines Präzedenzfalles.

Ausschussmitglied Beckers regte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, die vorgesehene Bodenschwelle als verschraubbares Element vorzusehen, damit man im Bedarfsfalle diese flexibler in der Carl-Alexander-Straße an verschiedenen Standorten einsetzen könne.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt beauftragte einstimmig die Verwaltung, die dargestellten Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung bei der Bürgerbeteiligung zu berücksichtigen.

**18.) Mitteilungen der Verwaltung**

- a) Beigeordneter Leßmann teilte mit, dass in einer der letzten Verkehr- und Umweltausschusssitzungen die Verwaltung bekannt gegeben hatte, dass ein zweites Geschwindigkeitsmessgerät angeschafft werden sollte. Allerdings komme es hierzu derzeit zu Verzögerungen, da die Werbeverträge des ersten Messgerätes in diesem Jahr ausgelaufen sind und die Firma, die für das Messgerät verantwortlich ist, zunächst bemüht war, neue Vertragspartner hierfür zu gewinnen. Dieses Projekt konnte nun abgeschlossen werden und die Firma ist derzeit dabei, neue Werbepartner für ein zweites Messgerät zu finden.

- b) I. und Techn. Beigeordneter Strauch teilte mit, dass das Duale System Deutschland, das für die Entsorgung von Verpackungen in Gelben Säcken bzw. den Mülleimern verantwortlich ist, die Entsorgungsleistung neu ausgeschrieben hat. Die Ausschreibung beinhaltet u. a. ein einheitliches Abfuhrsystem und eine 14-tägige Abfuhr. Bisher wurde der Verpackungsmüll lediglich einmal im Monat abgeholt. Dieser Abfuhrhythmus werde bereits im Müllkalender entsprechend berücksichtigt werden.

### **19.) Anfragen von Ausschussmitgliedern**

- a) Ausschussmitglied Beckers bat den Ausschussvorsitzenden für die nächste Verkehr- und Umweltausschusssitzung das Thema „Radverkehrsplanung“ auf die Tagesordnung zu setzen. Die Stadt Baesweiler habe in den Jahren 1999/2000 ein entsprechendes Radverkehrskonzept entwickeln lassen, dass teilweise noch nicht umgesetzt worden sei. Hierzu werde er allerdings auch noch einen schriftlichen Antrag formulieren. Gleichzeitig teilte er mit, dass er einen Befahrungsbericht über Radwege an Bundes- und Landstraßen an den Landbetrieb Straßenbau NRW geschickt habe, der bei seinem Antrag an die Verwaltung mit beigefügt werde.
- b) Ausschussmitglied Nüsser erklärte, dass seiner Meinung nach die gefahrenen Geschwindigkeiten in der Straße „In der Schaf“ deutlich über die vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit liegen würden. Er bat daher die Verwaltung für die Straße „In der Schaf“ eine entsprechende Beschilderung, die auf die Schrittgeschwindigkeit hinweisen soll, auszuweisen.

Beigeordneter Leßmann erklärte hierzu, dass sich die Straße „In der Schaf“ innerhalb eines „verkehrsberuhigten Bereiches“ befinde, in der Schrittgeschwindigkeit vorgeschrieben sei. Seiner Meinung nach sei die Beschilderung eindeutig ausgewiesen. Eine zusätzliche Wiederholung des Verkehrszeichens 325/326 StVO sei nach der Straßenverkehrsordnung nicht möglich. Man werde allerdings überprüfen, ob eine anderweitige auf die Schrittgeschwindigkeit aufmerksam machende Beschilderung im Einklang mit der Straßenverkehrsordnung stehe.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

( Menke )

( Schröter )